



Keupers

kritischer

Kommentar

11-02-2018

November 2018

**Gerechtigkeit braucht Sicherheit,
doch Sicherheit erfordert Gerechtigkeit.**

Die politische Gesellschaft in Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend verändert. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles stellte bei dem Debatten-Camp fest, dass die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr lange Zeit habe, um sich inhaltlich zu erneuern. Doch wie soll diese inhaltliche Erneuerung aussehen, wie kann die SPD dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder wissen, wofür diese Partei eigentlich steht? Die Forderung nach mehr (sozialer) Gerechtigkeit bleibt natürlich der Markenkern der Sozialdemokratie. Dieses Thema allein findet aber in der Bevölkerung anscheinend zu wenig Gehör, zu wenig Interesse. Solange das Feld Sicherheit weit oben auf der politischen Agenda der Bevölkerung steht, ist Sicherheit zurzeit bei den Menschen im Lande ein noch grundlegenderes Bedürfnis als die Fragen eines mehr an Gerechtigkeit. Ein bestimmtes Maß an privater aber auch öffentlicher physischer und psychologischer, sowie an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit ist anscheinend eine notwendige Voraussetzung, um einen Gerechtigkeitsdiskurs mit konkreten Maßnahmen anschlussfähig zu machen.

Fragen zur Migration sind nicht nur Fragen zur Sicherheit.

Wenn in einer kleinen Kneipe, die frühere Stammkneipe ursozialdemokratisch denkender Bürger war, jetzt die gleichen Menschen von sich behaupten, bei der nächsten Wahl die Kandidaten der völkisch-national agierenden AfD zu wählen, weil die SPD die Flüchtlinge und Ausländer in Deutschland bevorzugt behandle, weil sich die SPD für Ausländer u. Flüchtlinge mehr einsetzen würde wie für die einfachen Arbeiter und Rentner, dann zeigt das, dass diese Menschen nicht grundsätzlich fremdenfeindlich oder rassistisch sind, sondern dass sie Angst haben, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor nicht auskömmlicher Rente, vor unbezahlbarer Miete, eben vor ihrer Zukunft und der ihrer Kinder. Für diese Menschen aus sogenannten einfachen Kreisen mit meist geringerer (Berufs-)Qualifizierung sind die Zugewanderten ernst zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen, auf dem Wohnungsmarkt, und sie fühlen sich von der Politik, insbesondere von den Sozialdemokraten nicht genügend unterstützt, ja, oft allein gelassen. Und wenn mit dem Blick auf die zu erwartende digitale Evolution immer wieder davon die Rede ist, dass Menschen mit geringem Berufswissen voraussichtlich die Leidtragenden bei der

Neuausrichtung der Arbeitswelt sein werden, dass ihnen nur noch geringer bezahlte Arbeitsplätze werden offenstehen, da Vollzeitbeschäftigung und menschenwürdige Arbeitsplätze durch automatisierte Massenproduktion, Dienstleistungsplattformen und Zeit- oder Leiharbeit ersetzt werden, scheinen ihre Zukunftschancen nicht gerade rosig auszusehen. Ja, viele dieser Befürchtungen sind heute schon für viele der prekär beschäftigten Arbeitenden bereits Realität geworden, denn die Anzahl der verfügbaren Arbeitsplätze, die nur geringe Qualifikationen erfordern, verringern sich ständig. Die Situation ist, da auch die Zugewanderten meist nur über eine geringere Berufsqualifikation verfügen und somit den Massenandrang auf den Arbeitsmarkt mit geringeren Qualifikationsanforderungen beträchtlich erhöhen, für diesen Personenkreis sehr kritisch. Deshalb auch die berechtigten Ängste dieser Menschen hinsichtlich ihrer Zukunft und ihre Reaktion auf die vermeintlichen Untätigkeiten in der Politik.

Soziale Ängste erfordern mehr Sicherheit.

Diese Schilderung zuvor zeigt, dass politische Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern aufgrund gefühlter Ängste erfolgen, aus Unsicherheit über ihre persönliche Zukunft, aus Unsicherheit über die gesellschaftliche, soziale und ökonomische Entwicklung. Dass diese Ängste auch den vorhandenen Trend zu einer fortschreitenden (sozialen) Ungerechtigkeit beinhalten ist dabei fast sekundär. Und dass die zunehmende Radikalisierung der Gesellschaft, die zunehmende Kriminalisierung, nicht nur durch Zugewanderte, einen zusätzlichen Wunsch nach mehr Sicherheit verursachen, ist zum Teil den Medien zu verdanken, die nach dem Motto: „Mehr Action ist wichtig“, darüber überproportional und oft ins Detail gehend berichten. Die Folge ist eine Zunahme von Angst in der Bevölkerung und dadurch wesentlich weitere Kontroll- und Überwachungsaktionen, nicht nur durch die Polizei, welche letztendlich die persönliche Freiheit des Einzelnen erheblich einschränken können.

Gerechtigkeit ist das Fundament für Sicherheit.

Die Sicherheit ist somit das oberste Primat in der Bevölkerung. Die Politik, die Sozialdemokratie muss erkennen, dass sie auf diesem Gebiet, der privaten, der öffentlichen, der sozialen und der ökonomischen Sicherheit vorrangig aktiv werden müsste und dabei die Fragen einer (sozialen) Gerechtigkeit zusätzlich im Blickwinkel behalten sollte. Denn (soziale) Gerechtigkeit ist die Voraussetzung, das Fundament (für das Gefühl) von mehr Sicherheit. Das Anwachsen von (sozialer) Ungleichheit in unserer Gesellschaft fördert, ja, ist ein Grund für ein steigendes Sicherheitsbedürfnis. Darum, eine SPD-Politik zum Abbau, zur Verringerung der Ungleichheiten in unserem Land, ist auch eine Politik für mehr Sicherheit, auch im Bereich der Kriminalität!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 24. November 2018

Heinrich Keuper